Das
Bundesarchiv

Wirken antisoz. Sammlungsbewegungen und entsprechende Probleme

30. Oktober 1989

Information Nr. 485/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3756, Bl. 154–180 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Krenz, Stoph, Axen, Böhme, Dohlus, Eberlein, Hager, Jarowinsky, Keßler, Kleiber, Werner Krolikowski, Lorenz, Mückenberger, Neumann, Schabowski, Sindermann, Tisch, Lange, Gerhard Müller, Margarete Müller, Schürer, Walde, Dickel, Herger, Sorgenicht – MfS: Mielke, Carlsohn, Mittig, Großmann, Neiber, Schwanitz, Leiter HA II, Leiter HA IX, Leiter HA XX, Leiter HA XX/AKG, Leiter HA XX/4, Irmler (ZAIG, vernichtet), Leiter BV Berlin, BV Cottbus, BV Dresden, BV Erfurt, BV Frankfurt, BV Gera, BV Halle, BV Karl-Marx-Stadt, BV Leipzig, BV Magdeburg, BV Neubrandenburg, BV Potsdam, BV Rostock, BV Schwerin, BV Suhl.

Vermerk

Über dem Dokumentenkopf maschinenschriftlich: »Information erhalten auch alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie die Genossen Dickel, Herger und Sorgenicht«. Außerdem auf dem Deckblatt handschriftliches »Häkchen«, vermutlich von Egon Krenz. Am Ende des Dokuments Unterschrift: »Mielke«.

Bemerkungen

Die Exemplare 13, 22, 29 und 5 der Information (Mückenberger, Walde, Großmann und Palko ZAIG/4) sind enthalten in: BStU, MfS, ZAIG 33410, Bl. 525–551, 497–523, 469–495 bzw. 442–468. Dokument auch abgedruckt in: Münkel, Daniela (Hg.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Auswahledition. Berlin 42019, S. 99–123.

Anlage 1: Kopien verschiedener Papiere des »Demokratischen Aufbruchs«.

Anlage 2: Kopie eines Informationsblattes des »Neuen Forums«.

Anlage 3: Kopie eines Aufrufs der »Initiative Demokratisches Forum West«.

Verweis

Information 496/89.

Nach dem MfS aus allen Bezirken vorliegenden Hinweisen setzte sich der Prozess der DDR-weiten Formierung der bekannten Sammlungsbewegungen im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 unvermindert fort und durchdringt zwischenzeitlich – vor allem das »Neue Forum«[1] betreffend – ausnahmslos alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft.

1. Das »Neue Forum« findet eine breite und weiter anhaltende Resonanz unter der Bevölkerung und wird vielerorts bereits als real existierende und wirkende gesellschaftliche Kraft bewertet. Im Rahmen der anhaltenden Unterschriftensammlungen in Kirchen, zunehmend in volkseigenen Betrieben, im Gesundheits- und Hochschulwesen in Forschungs- und kulturellen Einrichtungen bis hin in den Bereichen des genossenschaftlichen und privaten Handwerks bekunden Bürger ihre Zustimmung und Sympathie mit dem »Neuen Forum«, dessen Zielen und Inhalten und identifizieren sich damit. Im Namen des »Neuen Forums« auftretende Personen sind fest in den Prozess des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs integriert, nehmen Führungspositionen und die Rolle von Sprechern in den der Partei und dem Staatsapparat gegenüberstehenden sogenannten Bürgergruppen/Delegationen ein. Vorliegenden Hinweisen zufolge wirken diese Kräfte vor allem auch in den gebildeten thematischen Arbeitsgruppen des »Neuen Forums« auf die konzeptionelle inhaltliche und organisatorische Ausrichtung des Dialogs.
Erkennbar ist die Tendenz, neben den öffentlichen Demonstrationen und den organisierten Dialogveranstaltungen in Belegschafts-, Gewerkschafts- und Studentenversammlungen, durch eine weiter anwachsende Eingabentätigkeit[2] an zentrale und territoriale Partei- und Staatsorgane, durch sogenannte offene Briefe und Erklärungen, durch Gestaltung von Wandzeitungen in Betrieben und Einrichtungen für die staatliche Zulassung des »Neuen Forums« zu votieren. Festgehalten wird an der Absicht, im Zusammenhang mit der weiteren Konstituierung auf unterer Ebene (Kreise, Städte) Zulassungsanträge zu stellen, zum Teil unter Verwendung anderer Bezeichnungen (Neubrandenburg – »Bürgerbewegung sozialistische Erneuerung«). Über die Bildung territorialer Sprecherräte des »Neuen Forums« auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene soll auf die Herausbildung eines auf Delegierungsbasis funktionierenden zentralen Leitungskreises hingewirkt werden.
Nach vorliegenden Hinweisen vertritt eine Reihe von Führungskräften des »Neuen Forums« realistische, jedoch durch Widersprüchlichkeit geprägte Positionen. So äußerte die *Bohley,*[3] grundsätzlich sei die führende Rolle der SED nicht abzulehnen; sie müsse lediglich so gestaltet werden, dass sie erkennbar und sichtbar erlebbar sei und allen diene. Zur Stellung des »Neuen Forums« vertrat sie den Standpunkt, dass es sich auflösen würde, wenn in der DDR eine Wende und Entwicklung eintrete, die den Auffassungen der Sympathisanten des »Neuen Forums« entsprächen. Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit würden vorhandene Parteien und Organisationen bieten.
Im internen Kreis der Führungskräfte des »Neuen Forums« wird als politische Hauptfrage jedoch nach wie vor die Zulassung einer die Partei- und Staatsführung kontrollierenden politischen Opposition angesehen. Mit diesem Ziel streben u. a. die *Bohley,* Prof. *Reich*[4] und *Pflugbeil*[5] eine Taktik der zwei Richtungen an: Zum einen sollen Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeit (ohne Gewalt) organisiert bzw. mitgestaltet werden, zum anderen wolle man dazu übergehen, die inhaltliche Arbeit mit einem ausgewählten Kaderstamm konspirativ in kleinen Gruppen durchzuführen. Ergebnisse dieser Arbeit sollen dann in die öffentlichen Veranstaltungen einfließen.
Unverkennbar ist aber auch, dass eine Reihe maßgeblicher Kräfte des »Neuen Forums«, vor allem in den unteren Ebenen, als Verfechter extremer, aktionistischer Positionen auftritt.
Die undifferenzierte Unterbindung des Einflusses des »Neuen Forums« und von dieser Sammlungsbewegung ausgehender Aktivitäten würden mit erheblichen Auswirkungen des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs verbunden sein und nicht zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage beitragen.
2. Am 29. Oktober 1989 fand im Evangelischen Diakoniewerk »Königin Elisabeth« Berlin-Lichtenberg die sogenannte Gründungsveranstaltung der antisozialistischen Sammlungsbewegung »Demokratischer Aufbruch«[6] statt, an der ca. 200 Personen, darunter die Pfarrer *Eppelmann*[7] (Berlin), *Hülsemann*[8] (Berlin), *Pahnke*[9] (Borgsdorf) und *Richter*[10] (Weimar) sowie Rechtsanwalt *Schnur*[11] (Rostock) teilnahmen.
In einer Grundsatzrede erläuterte Pfarrer *Richter* die wesentlichsten Inhalte der sogenannten programmatischen Erklärung vom 2. Oktober 1989 (Trennung von Staat und Parteien, Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und freier Willensbildung, Trennung von Staat und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Kontrolle des Staates, Zusammenspiel von Plan und Markt, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft).[12]
Er betonte, dass der »Demokratische Aufbruch« eine politische Vereinigung sei, die sich zur Partei entwickeln und im Rahmen demokratischer Verfassungsgrundsätze handeln wolle.
Als Ziel nannte er den »demokratischen Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung«.
Im Anschluss daran wurden in einer teilweise kontrovers geführten Diskussion die Standpunkte zu den vorliegenden Materialien (siehe Anlage 1) ausgetauscht.
Insbesondere die Pfarrer *Eppelmann* und *Richter* sowie der Soziologe *Neubert*[13] forderten die Aufhebung der führenden Rolle der SED in der Gesellschaft. Weitere Teilnehmer sprachen sich für die Entwicklung eines Gesellschaftskonzepts nach schwedischem Muster aus.
Dagegen sprachen sich Pfarrer *Schorlemmer*[14] (Wittenberg) und Rechtsanwalt *Schnur* gegen einen Konflikt mit der SED und dem sozialistischen Staat aus. Ihren Auffassungen zufolge sollten jetzt keine Debatten über politische Fehlentscheidungen der SED geführt werden.
Nach Abschluss der Diskussion wurde festgelegt, die vorliegenden Materialien bis zum 31. Dezember 1989 in den Bezirksorganisationen weiter zu diskutieren. Eine noch zu bildende Programmkommission soll die Überarbeitung vornehmen.
Von den 161 anwesenden stimmberechtigten Personen stimmten 140 Personen für die Bildung einer politischen Partei bis zum 1. Mai 1990. Dabei soll die gegenwärtige politische Entwicklung in der DDR, insbesondere die Führungsschwäche der SED, zielgerichtet ausgenutzt werden.
Die Mehrheit der Delegierten sprach sich mit Blick auf die beabsichtigte Parteigründung dafür aus, zum Vorsitzenden des »Demokratischen Aufbruchs« eine Person zu wählen, die in der Lage ist, »mit demokratischen Kräften in der DDR umzugehen«.

Im Ergebnis der Wahl entschieden sich 108 stimmberechtigte Personen für Rechtsanwalt *Schnur* zum Vorsitzenden des »Demokratischen Aufbruchs«. (Pfarrer *Eppelmann* erhielt 20 und Pfarrer *Richter* [...] 16 Stimmen.)
Des Weiteren wurden in den Vorstand gewählt: *Kögler,* Brigitta,[15] Jena (Rechtsanwältin), *Eppelmann,* Rainer, Berlin (Pfarrer), *Richter,* Edelbert[16] Weimar (Dozent), *Wirzewski,* Herbert,[17] Milmersdorf (Schlosser), Dr. *Ebeling,* Fred,[18] Hennigsdorf (Ingenieur), *Pahnke,* Rudi, Borgsdorf (Pfarrer), *Neubert,* Ehrhart,[19] Berlin (Soziologe), *Ziller,* Christiane,[20] Berlin (Musikdramaturgin) und *Nooke,* Günter,[21] Forst (Physiker).
Entsprechende Festlegungen über die Funktionsverteilung sollen auf im November 1989 stattfindenden Vorstandssitzungen erfolgen.
Eine erste Delegiertenversammlung ist für den 16. Dezember 1989 in Leipzig vorgesehen.
Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Vorstand Gespräche mit weiteren Sammlungsbewegungen führen, um Vorstellungen für ein koordiniertes Vorgehen zu erörtern.
Darüber hinaus soll sich der Vorstand mit einem auf der Zusammenkunft mündlich unterbreiteten Vorschlag befassen, der Vorstellungen enthält, was in der DDR-Gesellschaft erhalten bleiben soll (u. a. keine Gefährdung der Existenz der DDR, keine Entmachtung der SED, keine Wiedervereinigung mit der BRD; Bewahrung dessen, was der Gesellschaft und den Menschen nutzt).
Dem Vorstand wurde außerdem ein Maßnahmeplan übergeben, der u. a. folgende Aufgaben beinhaltet:

- Schaffung eines legalen Informationsblattes,
- Beteiligung an der geplanten Demonstration am 4.11.1989 in Berlin und Stellen von Ordnungskräften, [22]
- Erarbeitung eines Aufrufs, um profilierte Persönlichkeiten für den »Demokratischen Aufbruch« zur Mitarbeit zu gewinnen,
- Einrichtung eines Sekretariates,
- Schaffung eines Begegnungs- bzw. Kommunikationszentrums.

Die Gründungsveranstaltung wurde mittels Videotechnik aufgezeichnet. Diese Aufnahmen sollen dem ZDF-Korrespondenten *Schmitz*[23] *durch Pfarrer Eppelmann* übergeben werden.
Über die Zusammenkunft wurde eine Presseerklärung verfasst, die an zentrale Medien in der DDR und der UdSSR (TASS) sowie an in der DDR akkreditierte Korrespondenten westlicher Medien übergeben wird.
Wie weiter intern bekannt wurde, plant die antisozialistische Sammlungsbewegung »Böhlener Plattform/Vereinigte Linke in der DDR«[24] die Durchführung einer Konferenz im Zeitraum vom 24. bis 26. November 1989, auf der programmatische Dokumente erörtert werden sollen.
3. Erkennbar sind ernst zu nehmende Bestrebungen der bekannten Sammlungsbewegungen, eigene Informationsmaterialien mit Zeitungscharakter ohne Genehmigung herauszugeben. So plant das »Neue Forum« die Herausgabe einer in Abständen von 14 Tagen erscheinenden »Zeitung« (Format A4, ca. zehn Seiten, Auflagenhöhe um 5 000 Exemplare), deren erste Ausgabe am 11. November 1989 im Zusammenhang mit dem 2. zentralen Treffen von Führungskräften des »Neuen Forums« erscheinen soll. Bekannt wurde darüber hinaus die Verbreitung einer sogenannten Sonderausgabe Bezirksinformationsblatt Magdeburg des »Neuen Forums« vom 23. Oktober 1989 (vgl. Anlage 2), deren Original in Räumen der Evangelischen Akademie der Kirchenprovinz Sachsen hergestellt und dessen Vervielfältigung durch missbräuchliche Nutzung von betrieblicher und gesellschaftlicher Technik und Materialien erfolgte.
Durch Kräfte des »Initiativkreises« Berlin der antisozialistischen Sammlungsbewegung »Demokratie Jetzt« [25] wurden bereits zwei Ausgaben eines Informationsblattes (Format A4, zwei Seiten) mit der Bezeichnung »*Demokratie Jetzt* – Zeitung der Bürgerbewegung«[26] gefertigt und verbreitet, in dem politische Positionen dargestellt, Formen der Mitarbeit propagiert und Termine von geplanten Aktivitäten bekannt gegeben werden.
4. Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen verstärken sich Versuche von Mitgliedern antisozialistischer Sammlungsbewegungen sowohl im westlichen Ausland als auch in den östlichen Nachbarstaaten im Sinne der Propagierung ihrer Ziele aufzutreten und dafür die internationale Öffentlichkeit zu gewinnen. Ausdruck dafür sind z. B. das bekannte Auftreten des Pfarrers *Reiche*[27] (sogenannter Sprecher der »SDP«[28]) in der BRD und insbesondere dessen Kontaktgespräche mit der SPD, aber auch die Teilnahme des Michael *Göbel*[29] (ehemaliger Philosophiestudent an der Humboldt-Universität zu Berlin) als Vertreter des »Neuen Forums« an der II. Landesversammlung des Ungarischen Demokratischen Forums.[30]
Göbel übermittelte dort ein Grußwort und wies gegenüber Journalisten darauf hin, dass am 11. November 1989 in der Hauptstadt Berlin eine 2. Landesberatung des Koordinierungsrates »Neues Forum« stattfinden solle. Im Rahmen eines »Gespräches mit Erstunterzeichnern des Neuen Forums« in der Christusgemeinde in Berlin-Köpenick am 26. Oktober 1989 wertete *Göbel* seine Teilnahme an der o. g. Veranstaltung in Budapest aus.
Auch die Möglichkeiten, mit in der DDR aufhältigen politischen Kräften des Auslandes Kontakt aufzunehmen, werden wie in der Vergangenheit genutzt. So fand am 29. Oktober 1989 in der Atelierwohnung der *Bohley* ein Treffen von Kräften u. a. des »Neuen Forums« (*Bohley, Reich,* Ehepaar *Seidel*[31]) und der »SDP« (*Böhme*[32]) mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), *Momper,*[33] und Personen seiner Begleitung statt. Die *Bohley* äußerte gesprächsweise, dass die Opposition den begonnenen Prozess in der DDR auf dem Boden der Verfassung voranbringen und »nichts antasten« wolle, während *Böhme* unterstrich, dass der Machtanspruch der SED derzeit nicht in Frage zu stellen sei. Weiter sprach man sich für freie und offene demokratische Strukturen aus, in die die neu gebildeten Gruppen ihre Wertvorstellungen einbringen könnten.

Momper äußerte, es gebe gegenwärtig keine Kraft, die die SED ablösen könnte. Demzufolge stehe der Artikel 1 der Verfassung der DDR nicht zur Disposition;[34] wäre die SED bereit, die Macht zu teilen, würde sie sich als kommunistische Partei aufgeben. Auf das Problem der Wiedervereinigung eingehend, erklärte *Momper,* dass die Belebung dieses Gedankens durch die BRD »eine der größten Heucheleien« darstelle. Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR bezeichnete er als komplizierte Frage: Es sei relativ einfach, das nur noch symbolischen Charakter aufweisende Grundgesetz zu ändern; unvertretbar wäre es aber, den in die BRD kommenden DDR-Bürgern den Status von Asylbewerbern zuzuweisen. Deshalb bezweifele er, bei einer möglichen Abstimmung im Bundestag der BRD eine Stimmenmehrheit für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft zu erlangen. *Momper* wies ferner darauf hin, dass angesichts der hohen Zahl der Ausreisen von DDR-Bürgern über die ČSSR, Polen und Ungarn[35] die »Mauer« ihre Funktion verloren hätte. Die Fortschritte in der Meinungs- und Medienpolitik in der DDR schätzte er als positiv ein. Wesentliche Gesprächsinhalte waren weiter notwendige Reformen in der Volkswirtschaft der DDR – plädiert wurde auf gemeinsame Wirtschaftsprojekte – und Spekulationen hinsichtlich der zu erwartenden Reisetätigkeit von DDR-Bürgern. Festlegungen über weiterführende Gespräche wurden nicht getroffen.

5. In Weiterführung von Aktivitäten gegnerischer Kräfte zur Unterstützung antisozialistischer Sammlungsbewegungen in der DDR wurde am 19. Oktober 1989 in Westberlin im Rahmen einer Zusammenkunft von ca. 70 Personen, darunter eine Reihe ehemaliger DDR-Bürger, eine sogenannte Initiative Demokratisches Forum West[36] geschaffen. Als Ziel dieser Initiative werden [sic!] u. a. die Förderung eines die entstehenden Reformprozesse in der DDR unterstützenden geistig-politischen Klimas vorgegeben. Gleichzeitig werden Forderungen an die DDR nach »freien Transitstrecken«, ungehinderten Besuchsmöglichkeiten und Garantierung der ständigen Rückkehr für alle ehemaligen DDR-Bürger erhoben (Text des »Gründungsaufrufes« als Anlage 3). Organisatoren dieser »Initiative« sind u. a. die wegen ihrer politisch-negativen Haltung gegen die DDR bekannten ehemaligen DDR-Bürger Guntolf *Herzberg*[37] *(zum früheren Kreis um Herzberg* gehörten u. a. Professor *Reich* »Neues Forum«), Freya *Klier*[38] (Ehefrau von *Krawczyk*[39]) und die sich zeitweilig in der BRD aufhaltende Regina (Lotte) *Templin*[40] *sowie Mitglieder der Alternativen Liste/Westberlin. Nach vorliegenden Hinweisen wolle man die Arbeit in thematischen Gruppen unter der Bezeichnung »Praktische Solidarität«, »Forderungen ehemaliger DDR-Bürger« und »Neues Denken« organisieren. Durch den Herzberg* wurde eine massive Unterstützung insbesondere des »Neuen Forums« und die Versorgung der »Bewegungen« in der DDR mit Druck- und Vervielfältigungstechnik sowie politischer Literatur in Aussicht gestellt. Es wurde dafür ein Spendenkonto eingerichtet.

6. Im Ergebnis vor allem des Wirkens von Kräften aus antisozialistischen Sammlungsbewegungen und auch der Fortführung des DDR-weiten Dialogs durch die Partei kam es in der Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989 zu einer weiteren Zunahme der Anzahl und des Umfanges von öffentlichen Demonstrationen in nahezu allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt Berlin. Nach vorliegenden Hinweisen beteiligte sich an den über 130 Demonstrationen ca. eine halbe Million Menschen (Vorwoche: 24 Demonstrationen mit über 140 000 Personen).

Territoriale Schwerpunkte waren die Bezirksstädte Leipzig (150 000), Dresden (drei große Demonstrationen mit insgesamt 74 000 Teilnehmern), Rostock (zwei mit je 10 000), Neubrandenburg (15 000) und Berlin (zwei bedeutsame Demonstrationen mit insgesamt 17 000 Teilnehmern) sowie die Kreisstädte Plauen (30 000) und Güstrow (12 000).

Zunehmend finden Demonstrationen auch in Kreis- und anderen Städten mit Teilnehmerzahlen zwischen 50 und mehreren Tausend statt (vor allem in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Gera, Erfurt).

In der Mehrzahl standen die Demonstrationen im Zusammenhang mit politischen Veranstaltungen in Kirchen (erstmals auch katholischen), aber auch im Zusammenhang mit von gesellschaftlichen Kräften organisierten Dialog-Veranstaltungen. Sie wurden durch Flugblätter, Aushänge in Kirchen bzw. durch Flüsterpropaganda bekannt gemacht.

Zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen wurden verschiedentlich Gerüchte über das Auftreten der Genossen *Krenz*[41] (Leipzig) bzw. *Modrow*[42] (Dresden) verbreitet.

Die Demonstrationszüge führten in der Regel durch die Stadtzentren, vorbei an Einrichtungen des Partei- und Staatsapparates und der Schutz- und Sicherheitsorgane. Sie verursachten in mehreren Städten – von Organisatoren der Dresdener Demonstrationen z. B. als Druckmittel beabsichtigt – erhebliche Störungen im Berufs- und städtischen Nahverkehr sowie in der medizinischen u. a. Versorgung der Bevölkerung.

Die Anzahl mitgeführter Losungen und Plakate hat deutlich zugenommen. In ihrer Aussage richten sie sich – ebenso wie die Sprechchöre und verbreitete Flugblätter bzw. Handzettel – gegen nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche, besonders jedoch gegen die Partei- und Staatsführung. Immer neue Forderungsfelder werden erschlossen (sofortige Neuwahlen, Abbau der Privilegien), auf angekündigte staatliche Maßnahmen wird sofort reagiert (z. B. »Mit Reisepässen kauft ihr uns nicht«).

Am 23. und 24.10.1989 bildete die Wahl des Generalsekretärs zum Staatsratsvorsitzenden ein Hauptthema in den Demonstrationszügen. In Leipzig wurden Unterschriften zur Wahl des LDPD-Vorsitzenden *Gerlach*[43] gesammelt. In Berlin wurde ein Brief an die Volkskammer zur Aufstellung mehrerer Kandidaten übergeben. Am 24.10.1989 und danach kam es zu Protesten gegen die Wahl von Egon *Krenz*.[44]

In den Demonstrationszügen wurden von Jugendlichen mehrfach Arbeiterfahnen mitgeführt, und es wurde wiederholt die Internationale angestimmt.

Die Anzahl der in Demonstrationen mitgeführten brennenden Kerzen und Fackeln nahm zu. Sie wurden vor Rathäusern, Volkspolizeikreisämtern, Kreisleitungen der SED und Objekten der Sicherheitsorgane abgestellt; in mehreren Fällen, in deutlicher provokatorischer Absicht, unmittelbar vor objektsichernden Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane (Berlin, Rostock) bzw. der Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Halle).[45]

In Einzelfällen kam es im Zusammenhang mit Demonstrationen zu weiteren Provokationen gegenüber Objekten der Schutz- und Sicherheitsorgane (Werfen von Steinen u. a.).

Die Interessenlage innerhalb der Demonstrationszüge ist widerspruchsvoll. Beachtenswert sind zunehmende Versuche aggressiv auftretender, zum Teil unter Alkoholeinfluss stehender jugendlicher Personen, sich an die Spitze von Demonstrationszügen zu stellen, um deren Marschrichtung und Dauer zu beeinflussen und dort die Stimmung anzuheizen.
Wiederholt konnten als Teilnehmer von Demonstrationen Personen identifiziert werden, die sich bereits an anderen nicht genehmigten Demonstrationen (auch überörtlich) beteiligten, darüber hinaus auch Vorbestrafte und solche Personen, insbesondere Jugendliche, die durch dekadente Verhaltensweisen in Erscheinung treten.
Es wurde offensichtlich, dass derartige Kräfte nicht den sachlichen Dialog suchen, sondern die Konfrontation mit dem Staat und den Schutz- und Sicherheitsorganen. Ausdruck dessen ist auch die Missachtung von Aufforderungen gesellschaftlicher Kräfte und kirchlicher Vertreter zum sachlichen Gespräch sowie in Einzelfällen die Ankündigung, sich in Erwartung von Polizeieinsätzen mit Schlagwaffen auszurüsten.
In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Organisatoren nicht genehmigter Demonstrationen – zum Teil im Ergebnis staatlicher Einflussnahme – dazu übergehen, eigene Ordnungskräfte einzusetzen.
Im genannten Zeitraum (Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989) fanden ca. 200 politisch geprägte Veranstaltungen in Kirchen bzw. kirchlichen Räumen, darunter auch der katholischen Kirche, mit über 200 000 Teilnehmern statt. Sie dienten erneut dazu, Ziele, Inhalte und Vorgehensweisen antisozialistischer Sammlungsbewegungen zu propagieren; zum Teil waren sie profiliert als Gründungs- bzw. Vollversammlungen derartiger Bewegungen. Feststellbar ist ein zunehmend aggressiver werdender Ton in diesen Veranstaltungen und das massive Vortragen von Forderungen an Partei und Staat.
Dazu tragen nach wie vor auch kirchliche Amtsträger bei. Zur Vergrößerung der Massenwirksamkeit werden häufig außerhalb der Kirchen Lautsprecheranlagen installiert, mit denen der Veranstaltungsverlauf original übertragen wird.

Anlage 1 zur Information Nr. 485/89

[Kopien verschiedener Papiere des »Demokratischen Aufbruchs«]
Statut
Auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen der Artikel 29 und 86 der Verfassung der DDR[46] wird eine politische Partei zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bürger zur politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft der DDR gegründet:
§ 1 Name, Sitz und Struktur
1. Die Partei führt den Namen »Demokratischer Aufbruch« und hat ihren Sitz in Berlin. Die Tätigkeit der Partei erstreckt sich auf das Gebiet der DDR. Zur Gewährleistung einer arbeitsfähigen Struktur werden Orts-, Kreis-, Bezirks- und Jugendgruppen gebildet.
2. Die Partei ermöglicht allen Bürgern in zu bildenden Facharbeitskreisen mitzuarbeiten, die die Grundsätze der Partei anerkennen, ohne Mitglied dieser zu werden. Die Facharbeitskreise werden von der Ortsebene bis zum Hauptausschuss wirksam.
§ 2 Aufgaben und Ziele
Die Partei »Demokratischer Aufbruch« – sozial, ökologisch vereint Menschen sozialistischer, sozialdemokratischer, religiöser, liberaler und ökologischer Prägung, die an einer demokratischen Umgestaltung in der DDR mitarbeiten möchten und für eine Reform des sozialen und politischen Systems eintreten.
Die Partei fördert die Mitarbeit aller Bürger an der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der DDR.
Die Arbeitsgrundlage für die Partei bildet die Grundsatzerklärung vom 29.10.1989 [47] und ist für jedes Mitglied verbindlich.
Die Partei wird sich an der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen auf allen Ebenen beteiligen.
Die Organe und Funktionsträger der Partei werden auf der Grundlage demokratischer Mitbestimmung gewählt bzw. abgewählt.
§ 3 Organe
1. Organe der Partei sind:

a) Ortsvorstand/Mitgliederversammlung

b) Kreisvorstand/Delegiertenversammlung

c) Bezirksvorstand/Delegiertenversammlung

d) Parteivorstand

e) Hauptausschuss

f) Delegiertenvollversammlung

2. Mit Zustimmung der Mitgliederversammlung kann eine überregionale Zusammenarbeit erfolgen.
§ 4 Vorstand
1. Der Vorstand besteht aus der/m Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Schatzmeister, dem Pressesprecher, dem Geschäftsführer und bis zu zehn weiteren Mitgliedern.

2. Die Vertretung im Rechtsverkehr erfolgt durch den Vorsitzenden und einem zu bestimmenden Stellvertreter. Für den Fall der Verhinderung vertreten der Schatzmeister und der Geschäftsführer.
3. Aufgaben des Vorstandes sind:

a) Leitung, Verwaltung und Organisation der Partei.

b) Ausführung von Beschlüssen der Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses.

c) Einberufung der Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses.

d) Entscheidung über Ausschluss von Mitgliedern.

4. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit muss erneut abgestimmt werden. Im Falle der erneuten Stimmengleichheit gilt der Beschluss als nicht gefasst. Die Beschlussfähigkeit des Vorstandes ist bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder gegeben.
5. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Das Wahlverfahren wird in einer Wahl- und Geschäftsordnung festgelegt.
6. Der Vorstand kann finanzielle und vermögensrechtliche Verpflichtungen für die Vereinigung nur mit Beschränkung auf das Vermögen der Vereinigung eingehen. Seine Vollmacht ist insoweit ausdrücklich begrenzt.
7. Die Bestimmungen des § 4 Abs. 1–6 dieses Statutes gelten für die bestehenden Leitungsorgane der Orts-, Kreis- und Bezirksgruppe.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Mitglied der Partei kann jede Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Jugendliche, die noch nicht volljährig sind, müssen eine Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorlegen.
2. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut anzuerkennen und [zu] fördern. Dies geschieht mit der Unterschrift der Bereitschaftserklärung.
3. Das Mitglied hat entsprechend einer von der Delegiertenvollversammlung genehmigten Finanz- und Beitragsordnung den festgesetzten Beitrag zu entrichten.
4. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Ausschluss oder Erlöschen der Rechtsfähigkeit der Partei.
Bei Ausscheiden eines Mitgliedes entstehen keine vermögensrechtlichen Ansprüche an die Partei.
Die Austrittserklärung muss dem Ortsvorstand schriftlich zugestellt werden und wird mit dem Tag des Zugangs rechtskräftig.
Der Ausschluss eines Mitgliedes darf nur erfolgen, wenn es schwerwiegend gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut verstoßen hat. Der Ortvorstand darf das Mitglied nur nach erfolgter Anhörung ausschließen.
Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb eines Monats nach dem Vorstandsbeschluss über den Ausschluss Einspruch beim Hauptausschuss einlegen. Der Hauptausschuss entscheidet innerhalb von zwei Monaten endgültig.

§ 6 Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung (DV/MV)

1. Eine ordentliche DV/MV wird vom Vorstand mindestens zweimal jährlich einberufen. Die Einberufung hat mindestens einen Monat vorher, unter Mitteilung der Tagesordnung, schriftlich durch den Vorstand zu erfolgen.
Die DV/MV ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde.
2. Außerordentliche DV/MV können vom Hauptausschuss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel aller Mitglieder der Partei unter Angabe der Gründe dieses verlangt oder der Vorstand zur Sicherung der Rechte der Partei den Antrag stellt.
Der Hauptausschuss hat innerhalb von vier Wochen die außerordentliche DV/MV, unter Angabe der Gründe, einzuberufen.
3. Aufgaben der DV/MV:

a) Verabschiedung der politischen Grundsätze und Aufgaben der Partei sowie Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit anderen politische Parteien und Vereinigungen zu treffen.

b) Annahme, Ergänzung, Änderungen bzw. Aufhebung des Statuts, der Wahl- und Geschäftsordnung, der Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie Festlegung der Quoten von Jugendlichen, Frauen und Männern für Leitungs-, Funktions- und Wahlaufgaben.

c) Annahme zur Teilnahme an der Wahl, Bestätigung des Wahlprogramms und der Kandidaten.

d) Wahl des Hauptausschusses und des Vorstandes.

e) Entgegennahme der Jahresarbeitsberichte des Vorstandes und des Hauptausschusses.

f) Entgegennahme des Finanz-, Vermögens- und Beitragsberichtes. Die Berichte bedürfen der Bestätigung der DV/MV.

g) Beschlussfassung über die Auflösung der Vereinigung.

h) Aufhebung von Beschlüssen des Hauptausschusses und des Vorstandes Abwahl von Mitgliedern des Hauptausschusses und Vorstandes.

4. Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit außer bei Beschlüssen zu § 6 Abs. 3 Buchstaben a, b, c und g, hier ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.
5. Anliegen von Minderheiten sind angemessen bei Entscheidungsfindungen zu berücksichtigen.
6. Ergebnisse aus den Facharbeitskreisen werden in die Arbeit der einzelnen Gliederungen der Partei einfließen.
7. Der Hauptausschuss und der Vorstand bilden nach Zustimmung der DV/MV ständige bzw. zeitweilige Ausschüsse.

§ 7 Hauptausschuss

1. Der Hauptausschuss wird auf der jährlichen DV/MV, bestehend aus 30 Mitgliedern, für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes gehören dem HA an.

2. Aufgaben des Hauptausschusses

a) Erarbeitung der politischen Leitlinie der Partei

b) Erarbeitung der Wahlproramme und Aufstellung der Kandidaten

c) Vorbereitungen und Erarbeitungen von Leitlinien für die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen und Parteien

d) Wahrnehmung der politischen Aufgaben zwischen den stattfindenden DV/MV

3. Der Hauptausschuss wird durch den Vorstand mindestens viermal jährlich mit einer vorher bekannt gegebenen Tagesordnung einberufen.

4. Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit.

§ 8 Finanzen und Vermögen

l. Die Vereinigung finanziert sich aus den zu entrichtenden Beiträgen der Mitglieder, aus Sach- und Geldspenden, sowie aus dem gebildeten Vermögen.

2. Das Vermögen der Vereinigung ist gemäß § 42 ZGB Gesamteigentum.[48]

3. Für die Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen und Programmen/Projekten wird ein Sonderfonds eingerichtet.

4. Für den Fall der Auflösung der Partei wird das vorhandene Vermögen dem Rechtsnachfolger bzw. der Einrichtung übertragen, die auf der Grundlage der DV/MV festgelegt wurde.

5. Entstehende Wirtschaftseinheiten arbeiten auf der Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung.

6. Zur Kontrolle der Einhaltung der Finanz- und Vermögensbildung beruft der Hauptausschuss zwei Rechnungsprüfer.

§ 9 Protokollierung

Über den Verlauf der DV/MV, der jeweiligen Vorstands- und Hauptausschusssitzung ist ein Protokoll anzufertigen. Das angefertigte Protokoll ist vom Geschäftsführer und dem jeweiligen Leiter der Vollversammlung zu unterzeichnen und bei der nächsten Sitzung zur Einsichtnahme auszulegen. Abänderungen bzw. Ergänzungen müssen in der folgenden Sitzung vorgetragen und beschlossen werden.

§ 10 Auflösung der Partei

Die Auflösung der Partei ist durch Beschluss der DV mit Zweidrittelmehrheit herbeizuführen.

Vorstehendes Statut wurde am 29.10.1989 in Berlin von der Gründungsversammlung beschlossen.

Beschluss vom 29. Oktober 1989

l. Die stimmberechtigten Teilnehmer gaben ihre Zustimmung zur vorgelegten Grundsatzerklärung vom 29.10.1989 und zum vorläufigen Statut. In Wahrnehmung der Grundsatzerklärung aus Artikel 27 und 29 der Verfassung der DDR soll jeder Bürger, der der Grundsatzerklärung zustimmt, durch sachliche und konstruktive Meinungsäußerung an der Mitgestaltung der Gesellschaft der DDR mitwirken und sich frei entscheiden können, Mitglied dieser Partei zu werden, die ihre Aufgabe vorrangig darin sieht, die Mitwirkung der Bürger an der ökologischen, politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft in der DDR zu fördern.

2. Für die Dauer der Vorbereitungen [wird] bis zur endgültigen Gründung der Partei bis spätestens zum 1.5.1990 durch die stimmberechtigten Teilnehmer ein vorläufiger Vorstand, bestehend aus sieben Mitgliedern, gewählt:

- Vorsitzender
- Stellvertreter
- Stellvertreter
- Pressesprecher
- Schatzmeister
- Mitglied
- Mitglied
- Mitglied

Die Arbeitsaufgaben des Vorstandes ergeben sich aus § 4 des vorläufigen Statuts für die zu gründende Vereinigung.

3. Der Vorstand wurde bis zum Zusammentritt einer weiteren Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung beauftragt, die Erarbeitung einer Wahl- und Geschäftsordnung und einer Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie vorzunehmen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine Anmeldung und Gründung vorzubereiten.

4. Der Vorstand wird beauftragt, für folgende Sachbereiche verantwortliche Beauftragte zu benennen:

- Beauftragter für Bürger- und Menschenrecht
- Beauftragter für Umweltschutz
- Beauftragter für Probleme der Zweiten/Dritten Welt [49]
- Beauftragter für Öffentlichkeits- und Medienarbeit, sowie Herausgabe einer Zeitung
- Beauftragter für Abrüstungs-, Friedens- und Wehrdienstfragen
- Beauftragter für Rechts- und Gesetzgebungspolitik
- Beauftragter für Frauen-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik
- Beauftragter für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik
- Beauftragter für Sozial- und Gesundheitspolitik
- Beauftragter für Finanz-, Preis- und Wirtschaftspolitik
- Beauftragter für Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen anderer demokratisch-politischer Bewegungen und Parteien
- Beauftragter für Kultur und Bildung
- Beauftragter für Wissenschaft und Technik
- Beauftragter für internationale Zusammenarbeit und Außenpolitik
- Beauftragter für Organisation und Leitung der Partei

Flugblatt der Jugend

Null Bock auf FDJ!? Wir wollen keine Generation von Mitläufern mehr sein! Wir haben die Schnauze voll von Bevormundung und Gängelung und wollen nicht mehr Kampfreserve und Handlanger einer Partei sein, deren Politik viele unserer Freunde fortgetrieben hat.

Auf wie viele sollen wir noch verzichten müssen?

Wir fordern:

1. Abschaffung des Organisationszwangs
2. die Möglichkeit der Bildung von neuen Jugendverbänden unterschiedlicher Prägung (aber keine Chance für Faschos und andere gewaltverherrlichenden und rassistischen Gruppen)
3. neue Verteilung der staatlichen Gelder für Jugendarbeit
4. Trennung von Bildung und einseitiger ideologischer Ausrichtung
5. politische Meinung darf nicht mehr zensiert werden
6. Abschaffung des Wehrkundeunterrichts und der vormilitärischen Ausbildung
7. Einrichtung des zivilen Ersatzdienstes und des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung
8. Eigenverantwortlichkeit und Eigenfinanzierung der Jugendklubs

Um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen wir alle anfangen, unsere Angst zu überwinden und unseren Mund nicht mehr zu halten, sondern selbst aktiv zu werden.

DA

[Brief an die Kinder]

Berlin, den 29.10.1989

Liebe Kinder!

Wir leben in einer aufregenden Zeit. Auch Ihr merkt das jeden Tag.

In der Schule ist ein Platz neben Euch leer. Ihr habt Freundinnen oder Freunde verloren, weil sie die DDR verlassen haben. Das tut weh.

Auch deswegen sind viele Menschen in vielen Orten auf die Straße gegangen. Sie demonstrieren. Das ist gar nicht wie am 1. Mai. Und immer wieder rufen die Menschen nach »Demokratie«. Was ist Demokratie? Man kann das ganz einfach erklären: Wir alle, Kinder und Erwachsene, haben das Recht zu sagen, was wir denken. (Zu lange haben wir das versäumt.)

Ihr Kinder könnt eine große Hilfe sein. Fragt in der Schule, wenn Ihr etwas nicht versteht. Sprecht über die Ausreise. Fragt auch, warum es so wenig Bananen gibt, auch wenn sie nicht wichtig sind.

Aufrichtigkeit und Freundlichkeit brauchen wir dringender!

Verzeiht uns, den Erwachsenen, dass wir so lange gewartet und geschwiegen haben.

Jetzt wollen wir vieles verändern. Dazu gehört Mut. Diesen Mut braucht Ihr auch in Eurer Klasse, Eurer Kindergruppe.

Glaubt uns, dass wir alles tun wollen, damit unser Leben in unserem Land wieder Spaß macht.

Demokratischer Aufbruch

Positionsbestimmung zur Jugendpolitik der DDR

1. Zur Situation

Die Jugendpolitik der DDR ist gescheitert. Die Ursachen liegen tief in den Fehlentscheidungen des DDR-Staates. Die FDJ mit ihrem Alleinvertretungsanspruch und ihren Inhalten hat die Jugendlichen nicht erreicht, weder mit ihren Wertvorstellungen noch mit ihren Strukturen. Sie profitiert bis heute von der diktatorischen Gleichschaltung und verfügt über alle staatlichen Mittel zur Ausgestaltung ihrer Arbeit. Sie hat eine Monopolstellung und muss sich nicht durch Leistung ausweisen oder in Konkurrenz bewähren.

2. Position des DA

Es ist jetzt notwendig, dass die FDJ in ihrem Anspruch begrenzt wird und ihre Monopolstellung aufgibt, wobei sie sich als Jugendorganisation der SED profilieren kann, als Kampfreserve ihrer Partei. Notwendig sind die Entstehung und Bildung von Jugendverbänden der anderen Parteien und neuen politischen Vereinigungen, aber auch die Entstehung einer eigenständigen, mündigen Jugendkultur in großer Offenheit und mit vielfältigen Möglichkeiten des selbstständigen Zusammenschlusses (u. a. Schülervertretungen, Studentenvertretungen, Interessenvertretungen von Jugendlichen in Betrieben usw.).

Die Jugend braucht in dieser Gesellschaft unbedingt die Möglichkeit, sich selbst verwirklichen zu können. Der DA verpflichtet sich, dem Aufbau einer demokratischen Jugendarbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen von der Bereitstellung von Mitteln bis hin zur Eröffnung und Gestaltung einer demokratischen Jugendkultur.

3. Der DA fordert alle Parteien und neu entstandenen politischen Organisationen auf, eigene demokratische Jugendarbeit aufzubauen.

4. Wir streben in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Jugendgruppen, -organisationen, -vertretungen die Bildung einer rechtlich-autorisierten Interessenvertretung der Jugend gegenüber dem Staat an.

Demokratischer Aufbruch

Anlage 2 zur Information Nr. 485/89

[Kopie eines Informationsblattes des »Neuen Forums«]

»Neues Forum braucht das Land!«

Sonderausgabe Bezirksinfoblatt Magdeburg – 23. Oktober 1989

Egon Krenz – Wende oder »himmlischer Friede«

Seit gut vier Wochen gehen in der DDR Menschen auf die Straße, das »Neue Forum« bringt neue Töne in den Gleichklang des politischen DDR-Alltags und schon muss der 1. Mann des Staates ausgewechselt werden; denn niemand hätte Honecker [50] die »Reformen« geglaubt. Doch seinem Nachfolger geht es ähnlich. Jahrzehnte stand Krenz linientreu an der Seite seines Generalsekretärs. Er leitete die Wahlkommission der DDR und hat sich bis heute mit keiner Silbe zum Wahlbetrug vom 7.5.1989 geäußert. [51] Demgegenüber fand er so viele lobende Worte zur »Niederschlagung der Konterrevolution« in Peking, dass nicht wenige eine Nachahmung im eigenen Land befürchten.[52]

Vage Andeutungen über Veränderungen zwischen sonst zu oft gehörten Sätzen prägen seine Reden und Gespräche in den letzten Tagen. Wirklich Neues war da eher aus Arbeitermund zu hören. Oder aus den Blockparteien,[53] in denen viele, und nicht erst seit einer Woche, um ein eigenes Profil ihrer Parteien ringen.

Vielerorts haben staatliche Stellen unter Namen, wie »Forum« und »Bürgerinitiative« Dialogveranstaltungen angeboten, die leider wie Trostpflästerchen auf kommunale Wunden wirken. Es scheint der Versuch gemacht zu werden, jungen Wein in alte Schläuche zu füllen, der Dialog mit dem »Neuen Forum« jedenfalls hat noch nicht begonnen. Unser neuer höchster Repräsentant der Partei wird sich fragen lassen müssen:

- Wie stehst Du zum Wahlbetrug vom 7.5.1989?
- Wie stehst Du zur Zulassung demokratischer Vereinigungen?
- Wie stehst Du zu den Ereignissen in China?

und an den Antworten werden wir ihn messen. Um vielen weiteren Fragen, Irrtümern und Verleumdungen vorzubeugen, nehmen wir in ganz knapper und grundsätzlicher Form Stellung zu der Frage: Was will das »Neue Forum« (und was nicht)?

Das »Neue Forum« will den Dialog als gleichberechtigter Partner auf allen Ebenen.

Das bedeutet:

1. Zulassung des »Neuen Forums« und aller anderen Basisgruppen, Parteien und Initiativen, die sich für die Demokratisierung der Gesellschaft einsetzen.
2. Zugang zu den Medien.
3. Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur.
4. Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

Ziel dieses Dialoges ist eine Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der Demokratie in der DDR.

Das »Neue Forum« will nicht:

1. Die Aufhebung der Zweistaatlichkeit und die Wiedervereinigung Deutschlands.
2. Die Wiedereinführung des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

In eigener Sache

Das Blatt, das Sie gerade in der Hand halten, ist eine erste und gleichzeitig Sondernummer der ab sofort erscheinenden Zeitung »Neues Forum, Info-Blatt des Bezirkes Magdeburg«. Das Infoblatt wird erstellt und verteilt durch eine Redaktionsgruppe im Kontaktbüro Magdeburg, 3010, Hegelstraße 18. Es wird im November zum ersten Mal in seiner richtigen Form erscheinen und dann acht bis zehn doppelseitige bedruckte A4-Seiten umfassen. Wir bitten alle aktiven Gruppen in den Städten und Kreisen des Bezirkes uns mit Infos, Beiträgen zum Zeitgeschehen und vor allem zu Aktivitäten auf allen Ebenen zuzuarbeiten. Der Rhythmus des Erscheinens wird bestimmt von der Leistungsfähigkeit der Redaktionsgruppe und den Grenzen unserer technischen Voraussetzungen.

Anmeldung des »Neuen Forums«

Wir bemühen uns erneut um die Legalisierung des » NF«. Am 2.10.[1989] werden die kommunalen Gruppen des » NF« in den jeweiligen Räten Tätigkeit des »NF« anmelden. Text:

Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass wir gemäß § der vom 6.11.1975 [sic!] [54] die Tätigkeit des »Neuen Forums« anmelden, was den Charakter und die Zielstellungen des »Neuen Forums« anbelangt. Verweisen wir auf den in der Anlage beigefügten Text. Als Anlage werden die aktuellen Aufrufe der »NF« beigefügt!

Zum Thema: Struktur des »Neuen Forums«!

Um als »Neues Forum« republikweit und regional einheitlich und demokratisch handlungsfähig zu werden, bedarf es einer bestimmten Organisation und Struktur. Dies war ein Tagesordnungspunkt auf dem Treffen von Vertretern des »Neuen Forums« der einzelnen Bezirke am 14.10.[1989] in Berlin.

Der von Rolf Henrich [55] dargelegte Strukturvorschlag sieht vor, einen Sprecherrat der Republik zu bilden. Für unseren Bezirk würde das bedeuten:

- die einzelnen Kreise und der Sprecherrat der Stadt Magdeburg wählen Vertreter für den Bezirkssprecherrat;
- der Bezirkssprecherrat entsendet drei bis sechs Sprecher in den Sprecherrat der Republik;
- parallel dazu werden die bestehenden bzw. sich bildenden Fachgruppen Vertreter in die Sprecherräte des Bezirkes und der Republik wähle das gilt ebenso für Finanz- und Redaktionsgruppen.

Deshalb ist es wichtig!!!

- Belebt vorhandene Organisationen, unabhängig von Zentralräten und Bundesvorständen.

Entsendet vorläufige Sprecher zur Sprecherratsversammlung des Bezirkes am 8.11.[1989] um 20.00 Uhr in die Hegelstraße 18 (bitte vorherige Anmeldung!!!!!!!!)

Hier werden dann vorläufige Sprecher für den Republikssprecherrat bestimmt. Dieser trifft sich am 11.11.[1989] in Berlin:

Die vorläufigen Sprecherräte werden dann spätestens in einem halben Jahr durch demokratische Wahlen verändert bzw. bestätigt.

Verändert sich die Medienpolitik???

- zum Artikel: »Als die Schüler im Lehrerhaus auspackten ...« [56]

Väterlich souverän setzte der Korrespondent der »Volksstimme«, Helmut Büttner, [57] die Zweifel der Schüler über die Publizierung jener Gespräche mit seinem Artikel außer Kraft. Nicht ohne Überheblichkeit wird die Frage eines Schülers nach der Präsenz von Panzern montags in unserem Stadtzentrum mit dem Hinweis abgetan: »Ob der junge Freund denn nicht Panzer von anderen Fahrzeugen, wie Wasserwerfer, unterscheiden könne?« Tatsache ist, dass Schützenpanzerwagen in der Stadt postiert waren, diese Frage also durchaus ihre Berechtigung hatte.

Der »Volksstimme«-Korrespondent kommentiert die Bedenken der Schüler, »Wir haben Angst, in der Schule offen unsere Meinung zu sagen; denn angesichts unserer kritischen Fragen sind schlechte Noten und Beurteilungen zu befürchten.«, mit dem Satz: »Worte, über die vor allem unsere Pädagogen einmal nachdenken sollten.« Darüber, wie dieses »einmal nachdenken« in der Praxis aussieht, liegen die Erfahrungen von 40 Jahren vor.

Über den weiteren Inhalt verweisen wir auf die »Volksstimme« vom 20.10.1989. Worüber der »offene« Herr Büttner nicht schrieb, waren die Fragen der Schüler zur Differenz zwischen tatsächlichen und veröffentlichten Wahlergebnissen der letzten Kommunalwahl, die OB Herzig [58] mit dem »sich verzählen« der Wahlverantwortlichen erklärte. Diesem unangenehmen Thema entwich der Ob[erbürgermeister], indem er unmotiviert plötzlich über Kommunalwahlen in einem Bundesland der BRD sprach.

Gefragt, ob ihm Inhalts- und Konsenspapiere des »Neuen Forums« bekannt seien, verneinte der Ob[erbürgermeister]. Eine Schülerin überreichte ihm erwähnte Papiere. Wie aber kann er dann behaupten, die Mitglieder des »Neuen Forums« seien Konterrevolutionäre – und der Erstunterzeichner H.-J. Tschiche[59] habe zum Sturz der sozialistischen Ordnung aufgerufen?? Noch dazu, wo doch jedes Gespräch mit Vertretern des »Neuen Forums« von Seiten der Stadt abgelehnt wird. Es ist ersichtlich, wie sich die Medienpolitik verändert. Das Gummi wird gezogen und gedehnt.

Wir fordern deshalb erneut umfassende Pressefreiheit, also auch freien Zugang der demokratischen Initiativen zu den Medien.

Zuschriften

Es ist sehr viel Post in unserer Koordinationsstelle in Magdeburg, Hegelstraße 18 eingetroffen. Die Briefe können nicht mehr beantwortet werden, suchen Sie gesprächsbereite Mitdenker in der eigenen Region und nutzen Sie die Kontaktadressen des »Neuen Forums«.

Versammlungen

Mitgliederversammlungen sind in Magdeburg geplant. Dafür sollen kirchliche Räume gemietet werden. Vereinzelte Zusagen liegen vor, Anfang November ist mit weiteren Bescheiden zu rechnen.
Gesprächsangebote
Zaghafte Zeichen zur Gesprächsbereitschaft gegenüber dem »Neuen Forum« sind von Magdeburger Parteifreunden der sogenannten Blockparteien zu vernehmen. Das konkrete Angebot kommt von der LDPD Stadtbezirk Südost.
Repressalientelefon
Falls Personen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten für das »Neue Forum« oder andere Demokratiebewegungen misshandelt werden, sollen Meldungen an unser Kontaktbüro Hegelstraße 18, Tel. 3 01 65 erfolgen.
Wir werden, falls erforderlich juristisch bzw. materiell helfen und schwerwiegende Fälle veröffentlichen.
Sammelt weiter Unterschriften für das »Neue Forum«!

Anlage 3 zur Information Nr. 485/89

[Kopie eines Aufrufs der] »Initiative Demokratisches Forum West«
Die Ereignisse der letzten Wochen haben die DDR in Bewegung gebracht.
Wir – unter uns viele ehemalige DDR-Bürger – verfolgen mit großer Anteilnahme eine Dynamik gesellschaftspolitischen Handelns, die in der DDR-Geschichte ohne Beispiel ist.
Wir erklären uns solidarisch mit den Reformbewegungen und neuen basisdemokratischen Foren, die wir für unersetzbar in einem offenen gesellschaftlichen Dialog halten.
Nur ein wirklich demokratischer Dialog, frei von Ausgrenzungen Andersdenkender und frei von Tabuisierungen unbequemer Denkmodelle, kann die politische Stagnation der DDR-Gesellschaft und die Isolation ihrer Bürger beenden.
Wir wissen: Reformen in der DDR können nur die Sache derjenigen sein, die dort leben und arbeiten.
Wir wissen aber auch, Reformen bleiben nicht an Grenzen stehen.
Der neue Generalsekretär der SED sollte ein für alle Seiten deutliches Zeichen setzen.
Wir fordern freie Transitstrecken und ungehinderte Besuchsmöglichkeiten für alle ehemaligen DDR-Bürger.
Wir fordern für alle, die es wollen, die Möglichkeit zur ständigen Rückkehr in ihre Heimat!
Wir schlagen vor, das »Demokratische Forum West« zu gründen, das sich mit den neuen Denkansätzen in Ost und in West, wie z. B. mit Fragen des Nationalismus, des Sozialismus und des Friedens und der Solidarität mit allen demokratischen Reformbewegungen befasst.
Wir wollen ein geistig-politisches Klima fördern, das die entstehenden Reformprozesse begleitet und unterstützt.
Dazu wollen und brauchen wir die Öffentlichkeit!
Dazu braucht es Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik!
Dazu braucht es das gemeinsame Handeln vieler engagierter Menschen!
Weitergehend schlagen wir vor, thematische Arbeitsgruppen zu bilden; dazu haben wir vorerst drei Schwerpunkte gesetzt.
1. Praktische Solidarität
2. Forderungen ehemaliger DDR-Bürger
3. Neues Denken
Bitte erklärt Euch durch Eure Unterschrift einverstanden mit diesem Aufruf.
Erstunterzeichner: Guntolf Herzberg, Freya Klier, Jana Middendorf, [60] Axel Rockstroh, [61] Lotte Templin
Spenden-Konto: Antikriegsmuseum e.V. | Postgiroamt Bln (W) | BLZ 10010010 | [Konto-Nr.] | Kennwort: Neues Denken
Ich unterstütze diese Initiative und bin bereit, mich zu engagieren.
Name, Adresse:

1
Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsaufruf unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsaufruf der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2. Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information 416/89.

2

Die Eingabe war eine ab 1975 gesetzlich geregelte Form, um Beschwerden, Vorschläge oder Bitten an staatliche Amts- und Mandatsträger zu richten. Häufige Adressaten der Bitt- und Protestbriefe waren der Rat des Kreises, der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung und die SED-Führung. Das Instrument ersetzte die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit und wurde von Bürgern verwendet, um Forderungen zu stellen oder staatliches Fehlverhalten anzusprechen. Indem das Eingabewesen die Sensibilisierung der Regierung für bestehende Missstände erhöhte und die Artikulation von Unzufriedenheit in einen individuellen Briefwechsel jenseits der Öffentlichkeit kanalisierte, trug es zur Stabilisierung des Systems bei. Die Schreiben, in denen eine Obrigkeit um eine großzügige Wohltat für einen Untergebenen gebeten wird, verdeutlichen den feudalen Charakter der Beziehung zwischen Bürger und Staat in der DDR.

3

Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, Mitbegründerin der Oppositionsgruppe »Frauen für den Frieden« (1982) und der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (1985/86), Januar 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und Abschiebung nach England, August 1988 Rückkehr in die DDR, September 1989 Mitbegründerin des »Neuen Forums«, Mai bis Dezember 1990 Mitglied der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung für das »Neue Forum«, 1991 Mitarbeiterin der Parlamentarischen Gruppe »Neues Forum/Bürgerbewegung« im Berliner Abgeordnetenhaus.

4

Jens Reich, Jg. 1939, Mediziner und Molekularbiologe, seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften, seit 1980 Professor für Biomathematik am Zentralinstitut, 1970 Gründung des »Freitagskreises« für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, seit 1985 Mitarbeit in oppositionellen Zirkeln, Auftritte in der Gethsemanekirche und in der »Umweltbibliothek« in Berlin, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, zusammen mit Vera Wollenberger (heute Lengsfeld) und Marianne Birthler Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Oktober bis Dezember 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, anschließend Rückkehr in die Forschung.

5

Sebastian Pflugbeil, Jg. 1947, Physiker, erarbeitete 1986 eine Studie über die Kernenergie in der DDR, setzte sich bis 1989 für die sofortige Abschaltung des Kernkraftwerks Greifswald ein, 1988/89 Berater der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, Mitbegründer des »Neuen Forums« (NF) im September 1989, Vertreter des NF am Berliner und Zentralen Runden Tisch.

6

Der »Demokratische Aufbruch – ökologisch, sozial« (DA) wurde nach einem ersten Versuch einer Konstituierung am 1.10.1989 regulär am 29.10.1989 unter anderem von Friedrich Schorlemmer, Rainer Eppelmann, Rudi-Karl Pahnke, Edelbert Richter und Ehrhart Neubert gegründet. Die Vereinigung verstand sich zunächst als Sammlungsbewegung für Mitglieder von Kirchen- und Umweltgruppen und forderte neben einer Demokratisierung der DDR ökonomische Reformen im Sinne eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter besonderer Beachtung ökologischer Aspekte. Die Weiterentwicklung des DA zu einer politischen Partei am 16./17.12.1989 in Leipzig brachte einen Kurswechsel. Fortan sprachen sich die Mitglieder für eine schnelle Wiedervereinigung aus und verstanden sich als »Volkspartei der Mitte«. Einige prominente Angehörige des linken Flügels, wie Friedrich Schorlemmer, zogen sich daraufhin aus dem DA zurück. Bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 trat der DA zusammen mit der »Deutschen Sozialen Union« und der CDU im Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« an, im August 1990 ging die Vereinigung schließlich in der ostdeutschen CDU auf. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratischer Aufbruch. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98 f.; Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f., sowie ausführlich aus der Sicht eines Beteiligten Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

7

Rainer Eppelmann, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1966 Verweigerung des Eides als Bausoldat, Verurteilung zu acht Monaten Haft, 1975–89 Pfarrer an der Samariter-Gemeinde in Berlin-Friedrichshain, 1979–86 Organisator von »Bluesmessen« (Gottesdienst mit Konzert) im Rahmen seiner kirchlichen Jugendarbeit, die einen Ausgangspunkt oppositioneller Aktivitäten bildeten, 1982 zusammen mit Robert Havemann Verfasser des »Berliner Appells« (»Frieden schaffen ohne Waffen«) zur Entmilitarisierung beider deutscher Staaten, daraufhin Inhaftierung durch das MfS vom 9. bis 11.2.1982, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs« in Ostberlin, Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow, April–Oktober 1990 Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, 1990–2005 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU).

8

Wolfram Hülsemann, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1984–92 Stadtjugendpfarrer in Ostberlin.

9

Rudi-Karl Pahnke, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells« von Rainer Eppelmann und Robert Havemann zur Entmilitarisierung in Ost und West, Sprecher der Berliner Friedenswerkstatt, ab 1988 Sekretär für Jugendfragen des Bundes der Evangelischen Kirchen, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

10

Edelbert Richter, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1974–87 Gemeindepfarrer in Naumburg und Stößen, 1987–90 Dozent für Systematische Theologie und Philosophie am Katechetischen Oberseminar der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und Studentenpfarrer in Naumburg, engagierte sich seit Ende der 1970er Jahre in Friedens- und Umweltgruppen, September 1989 Gründungsmitglied des »Demokratischen Aufbruchs«, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer (SPD).

11

Wolfgang Schnur, Jg. 1944, Rechtsanwalt, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Mecklenburg, vertrat als Anwalt viele Oppositionelle und Wehrdienstverweigerer, agierte als Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche, Gründungsmitglied und Vorsitzender des »Demokratischen Aufbruchs« (DA), 1990 Rücktritt vom Vorsitz und Ausschluss aus DA nach Bekanntwerden seiner Tätigkeit als IM von 1965 bis 1989.

12

Vermutlich ist hier die am 29.10.1989 verabschiedete »Grundsatzerklärung« gemeint, abgedruckt in: Kuhrt, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 559–561.

13

Ehrhart Neubert, Jg. 1940, evangelischer Theologe und Soziologe, seit Ende der 1970er Jahre in verschiedenen Friedensgruppen aktiv, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

14

Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, evangelischer Theologe, Mitglied der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, 1978–92 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Pfarrer der Schlosskirche in Wittenberg, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

15

Brigitta Kögler, Juristin, 1976–88 Rechtsanwältin in Jena, 1988 Berufsverbot als Anwältin, widersetzte sich einer Aufforderung zur Ausreise, Oktober 1989 Gründungsmitglied des »Demokratischen Aufbruchs« (DA), setzte sich für die Weiterentwicklung des DA zu einer Partei ein, nach der Konstituierung der Gruppierung als Partei am 16./17.12.1989 wurde sie stellvertretende Vorsitzende des DA, Dezember 1989 bis März 1990 Mitglied am Zentralen Runden Tisch, Mitarbeit am Wahlgesetz für die erste freie Volkskammerwahl, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer.

16

Im Original: »Edelberd«.

17

Herbert Wirzewski, Schlosser, seit Oktober 1989 Mitglied beim »Demokratischen Aufbruch« (DA), Beauftragter für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik im Vorstand des DA.

18

Fred Ebeling, Jg. 1932, Ingenieurwissenschaftler, 1953 als Werkstudent im Stahlwerk Hennigsdorf Teilnehmer am Juni-Aufstand, damals kurzzeitig in Haft, bis 1983 Abteilungsleiter in den Stahlwerken in Hennigsdorf, engagierte sich ab Mitte der 1980er Jahre in der Samariter-Gemeinde in Berlin-Friedrichshain, Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«, Mitglied des Vorstands, ab Dezember Teilnahme am Zentralen Runden Tisch, in der Regierung de Maizière Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium.

19

Im Original: »Ehrhardt«.

20

Christiane Ziller, Jg. 1963, Musikwissenschaftlerin, 1988/89 Musikdramaturgin am Stadttheater Freiberg.

21

Günter Nooke, Jg. 1959, Physiker, Mitbegründer und Vorstandsmitglied des »Demokratischen Aufbruchs« (DA), vertrat den DA am Zentralen Runden Tisch, ab 1990 Mitglied der Bewegung »Demokratie Jetzt«, 1991–93 Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des Brandenburger Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen.

22

Am 4.11.1989 fand in Ostberlin die erste offiziell genehmigte, nicht staatlich gelenkte Demonstration statt. Sie wurde von Schauspielern und Mitarbeitern der Ostberliner Theater organisiert und entwickelte sich mit 500 000 Teilnehmern zum größten Protestmarsch in der Geschichte der DDR. Auf der mehr als dreistündigen Abschlusskundgebung auf dem Alexanderplatz kamen zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Kirche zu Wort, darunter Stefan Heym, Friedrich Schorlemmer, Heiner Müller, Christa Wolf und Christoph Hein. Vgl. Hahn, Annegret u. a. (Hg.): 4. November ’89. Der Protest. Die Menschen. Die Reden. Berlin 1990.

23

Michael Schmitz, Jg. 1954, Journalist, seit 1978 freier Journalist bei überregionalen Tages- und Wochenzeitungen und freier Mitarbeiter beim WDR, 1984–88 Reporter und Redakteur der ZDF-Redaktion »Kennzeichen D«, anschließend bis Oktober 1990 ZDF-Korrespondent in

Ostberlin.

24

Die »Initiative für eine Vereinigte Linke« (VL) war eine Plattform linker oppositioneller Gruppen und kritischer SED-Mitglieder, die sich am 2.10.1989 in Ostberlin konstituierte. Vorausgegangen war ein am 4.9.1989 veröffentlichter, von Bernd Gehrke, Thomas Klein, Herbert Mißlitz und Anett Seese verfasster Aufruf »Für eine vereinigte Linke«, der als »Böhlener Plattform« bekannt wurde. Die VL trat für demokratische Reformen des Sozialismus ein, wollte aber am gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln und einer unabhängigen DDR festhalten.

25

Mit dem »Aufruf zur Einmischung in eigener Sache« gründeten Mitglieder der Gruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« um Stephan Bickhardt, Hans-Jürgen Fischbeck, Ludwig Mehlhorn, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß und Ulrike Poppe am 12.9.1989 die Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«. Die Aktivisten strebten ganz bewusst keine Registrierung als Vereinigung oder Partei an, sondern verstanden sich als außerstaatliches Dialogforum mit minimalen Organisationsstrukturen. Im Mittelpunkt stand die Demokratisierung aller Lebensbereiche mit parlamentarischen und basisdemokratischen Elementen. Anfang 1991 ging »Demokratie Jetzt« zusammen mit Teilen des »Neuen Forums« und der »Initiative Frieden und Menschenrechte« in der Partei Bündnis 90 auf. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratie Jetzt. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98. Der »Aufruf zur Einmischung in eigener Sache« v. 12.9.1989 ist abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin 1989, S. 59–61.

26

»Demokratie Jetzt – Zeitung der Bürgerbewegung« erschien erstmals im Oktober 1989 als Flugblatt. Bis 1990 erschienen 43 Ausgaben mit dem Untertitel »Wochenzeitung der Basisgruppen von Initiative für Frieden und Menschenrechte und Demokratie Jetzt«. Vgl. Demokratie Jetzt: Wochenzeitung der Basisgruppen von Initiative für Frieden und Menschenrechte und Demokratie Jetzt. Berlin 1989/90.

27

Steffen Reiche, Jg. 1960, evangelischer Pfarrer und SPD-Politiker, 1988–90 Gemeindepfarrer in Christinendorf, Oktober 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR, Mitglied im Vorstand der SDP, 1990–2000 Landesvorsitzender der Brandenburger SPD, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, 1990–2005 Abgeordneter des Brandenburger Landtages (SPD), 2005–09 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD).

28

Im April 1989 wurde ein erster Entwurf für den Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) verfasst, der am 26.8.1989 in der Berliner Golgathagemeinde vorgestellt wurde. Zur offiziellen Gründung der SDP kam es am 7. Oktober 1989 – dem 40. Jahrestag der DDR – im Pfarrhaus im Brandenburgischen Schwante. Zu den Gründungsmitgliedern zählten neben den Hauptinitiatoren Markus Meckel und Martin Gutzeit unter anderem Steffen Reiche, Thomas Krüger, Angelika Barbe, Ibrahim Böhme und Peter Grimm. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sich die Partei mit der westdeutschen SPD. Siehe dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD. Berlin 2010; Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014. Der Gründungsaufruf unter dem Titel: »Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, mit dem Ziel eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen« ist abrufbar unter: www.ddr89.de (letzter Abruf: 27.2.2019).

29

Michael Göbel, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

30

Das Ungarische Demokratische Forum (Magyar Demokrata Fórum, kurz: MDF) wurde im Herbst 1987 von christlich und national gesinnten Intellektuellen gegründet. Die gemäßigte Oppositionspartei strebte 1989 ein Bündnis mit den reformorientierten Kräften der herrschenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei an. Im März 1989 nahm die MDF am »Runden Tisch der Opposition« teil. Im Oktober 1989 wurde József Antall zum neuen Vorsitzenden gewählt, der die Partei für liberalkonservative und christdemokratische Strömungen öffnete. Die neue Volkspartei rechts der Mitte gewann daraufhin im April 1990 die ersten freien Parlamentswahlen und stellte bis 1994 die Regierung mit Antall als Ministerpräsidenten. Aufgrund zahlreicher Austritte und Abspaltungen verlor die MDF in der Folgezeit kontinuierlich an Einfluss und trat ab 1994 als Juniorpartner der Fidesz-Partei auf, die sich zur neuen dominanten Kraft im rechten politischen Spektrum entwickelt hatte.

31

Eberhard Seidel, Jg. 1949, Arzt, 1983 Gründungsmitglied des kirchennahen Arbeitskreises »Ärzte für den Frieden«, Engagement für die Berliner Friedenswerkstatt und dem Netzwerk »Konkret für den Frieden«, im September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«. Jutta Seidel, Jg. 1950, Zahnärztin, 1982 Mitbegründerin des unabhängigen Netzwerks »Frauen für den Frieden«, 1983 Gründungsmitglied des kirchennahen Arbeitskreises »Ärzte für den Frieden«, seit 1986 als Einzelperson für die Organisation »Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges« engagiert, im September 1989 Mitbegründerin des »Neuen Forums«, Mitarbeit am Zentralen Runden Tisch in der Arbeitsgruppe Sicherheit.

32

Manfred Otto »Ibrahim« Böhme, Jg. 1944, Maurer, Bibliothekar, Dramaturg, als IM des MfS seit 1969 aktiv in verschiedenen Oppositionsgruppen tätig, so u. a. ab 1986 in der »Initiative Frieden und Menschenrechte«, bei Gründung der SDP der DDR am 7.10.1989 zum

Geschäftsführer, auf dem 1. Parteitag der dann in SPD umbenannten Partei zum Vorsitzenden gewählt, trat nach Enttarnung als IM im März 1990 von allen Ämtern zurück, 1992 aus der SPD ausgeschlossen.

33

Walter Momper, Jg. 1945, SPD-Politiker, 1989–91 Regierender Bürgermeister von Berlin, organisierte das Zusammenwachsen von Ost- und Westberlin nach dem Mauerfall, u. a. mit der Einrichtung eines grenzüberschreitenden Regionalausschusses im Dezember 1989.

34

In Artikel 1 der Verfassung der DDR lautete der erste Satz: »Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.« Vgl. Hildebrandt, Horst (Hg.): Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1992, S. 236.

35

Die Aussage spielt auf die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern seit Sommer 1989 an. Nachdem die ungarische Regierung im Mai 1989 mit dem Abbau der technischen Grenzsperren zum Nachbarland Österreich begonnen hatte, flohen immer mehr DDR-Bürger über Ungarn in die Bundesrepublik. In Budapest und in den Städten rund um den Balaton mussten Flüchtlingslager eingerichtet werden. Als die ungarische Regierung in der Nacht vom 10. zum 11. September die Westgrenze für DDR-Bürger vollständig öffnete, reisten binnen zwei Monaten gut 80 000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik aus.

36

Das »Demokratische Forum West« wurde am 19.10.1989 in Westberlin von ehemaligen DDR-Bürgern gegründet, um die Bürgerbewegungen in der DDR praktisch und ideell zu unterstützen. Die ursprüngliche Idee von Guntolf Herzberg, Regina Templin und Freya Klier, ein »Neues Forum West« zu gründen, wurde nach Kritik von ostdeutschen Bürgerrechtlern fallen gelassen, um den Eindruck einer westlichen Steuerung der ostdeutschen Bürgerbewegungen zu vermeiden. Vgl. Herzberg, Guntolf: Einen eigenen Weg gehen: Texte aus Ost und West 1981–90. Berlin 1991, S. 250–268.

37

Guntolf Herzberg, Jg. 1940, Philosoph, Mitbegründer des »Freitagskreises« für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, 1973 SED-Ausschluss und Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften, 1985 Ausreise nach Westberlin, 1987–92 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der FU Berlin.

38

Freya Klier, Jg. 1950, Schauspielerin und Regisseurin, 1980 Mitbegründerin der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, ab 1982 Regisseurin am Theater Schwedt, 1984 DDR-Regiepreis für die Uraufführung von Ulrich Plenzdorfs »Legende vom Glück ohne Ende«, 1985 Berufsverbot, 1985–87 gemeinsame Auftritte mit Stephan Krawczyk in evangelischen Kirchen, eigene Stücke und Prosaarbeiten, u. a. zum »Jugend- und Erziehungswesen in der DDR«, Mitglied im »Pankower Friedenskreis«, 1988 nach Verhaftung und Beschlagnahme ihrer Manuskripte unfreiwillig aus der DDR ausgebürgert, anschließend freischaffende Autorin und Regisseurin in Westberlin.

39

Stephan Krawczyk, Jg. 1955, Liedermacher und Schriftsteller, 1987 Mitarbeit beim einzigen illegalen DDR-Rundfunksender »Schwarzer Kanal«, Januar 1988 Festnahme auf dem Weg zur Berliner Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, unter Androhung langjähriger Haftstrafe wegen »landesverräterischer Beziehungen« zum Ausreiseantrag gezwungen, 2.2.1988 Ausreise mit Ehefrau Freya Klier in die Bundesrepublik.

40

Regina »Lotte« Templin, Jg. 1953, Pädagogin, 1980–84 Studium der Gemeindepädagogik in Potsdam, anschließend Hilfsarbeiterin, Mitbegründerin der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM), 1988 Verhaftung im Zuge der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, anschließend abgeschoben in die Bundesrepublik, Dezember 1989 Vertreterin der IFM am Zentralen Runden Tisch.

41

Egon Krenz, Jg. 1937, SED-Funktionär, 1971–90 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1983–89 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 1984 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, im Mai 1989 Leiter der Zentralen Wahlkommission, 18.10. bis 3.12.1989 Generalsekretär des ZK der SED, 24.10. bis 6.12.1989 Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

42

Hans Modrow, Jg. 1928, SED-Funktionär, 1973–89 Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden, seit 8.11.1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, am 13.11.1989 zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR gewählt, bildete 1990 mit Vertretern des Zentralen Runden Tisches die »Regierung der nationalen Verantwortung«, 1990–94 Bundestagsabgeordneter der PDS, 1995 zehnmonatige Bewährungsstrafe wegen meineidlicher Falschaussage vor dem Sonderausschuss zur »Untersuchung von Amts- und Machtmissbrauch« in der ehemaligen DDR.

43

Manfred Gerlach, Jg. 1928, LDPD-Funktionär, 1967–90 LDPD-Vorsitzender, 1960–89 stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR, Dezember 1989–April 1990 letzter Staatsratsvorsitzender der DDR.

44

Am 24.10.1989 wurde Egon Krenz von den 500 Abgeordneten der Volkskammer mit 26 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen zum Vorsitzenden des Staatsrates und mit sieben Gegenstimmen und 17 Enthaltungen zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates gewählt. Auf Demonstrationen im Vorfeld wurden das Fehlen von Gegenkandidaten und die Bekleidung mehrerer hoher Staatsämter in Personalunion kritisiert.

45

Die »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« waren eine paramilitärische Organisation von Beschäftigten in Großbetrieben, VEG, LPG, MTS und staatlichen Verwaltungen. Sie wurden als Konsequenz aus dem 17. Juni 1953 seit der 15. Tagung des ZK der SED (24.–26.7.1953) schrittweise aufgebaut. Vgl. Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln 2014.

46

In Artikel 29 der Verfassung der DDR war das »Recht auf Vereinigung« festgeschrieben. Demnach durften sich Bürger der DDR in Parteien, Organisationen, Vereinigungen und Kollektiven zusammenschließen, um ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung zu verwirklichen. In Artikel 86 hieß es, dass »die sozialistische Gesellschaft, die politische Macht des werktätigen Volkes, ihre Staas- und Rechtsordnung [...] die grundlegende Garantie für die Einhaltung und die Verwirklichung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit« sind. Vgl. Hildebrandt, Horst (Hg.): Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1992, S. 250 u. 268.

47

Die am 29.10.1989 verabschiedete Grundsatzerklärung des DA ist abgedruckt in: Kuhrt, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 559–561.

48

Vgl. § 42 über das Gesamteigentum. In: Ministerium für Justiz (Hg.): Zivilgesetzbuch sowie angrenzende Gesetze und Bestimmungen. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister, 5., überarb. Aufl., Berlin 1988, S. 20.

49

Im Original: »2/3-Welt«.

50

Erich Honecker, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1958–89 Mitglied des Politbüros, seit 1971 Erster Sekretär, seit 1976 Generalsekretär der SED, 1971–89 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1976–89 Vorsitzender des Staatsrates, am 18.10.1989 Rücktritt von allen Ämtern, am 3.12.1989 Ausschluss aus der SED.

51

Die »Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen«, kurz: Kommunalwahlen, fanden am 7.5.1989 statt. Das offizielle Ergebnis lautete: 98,85 % Zustimmung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front (Einheitsliste) bei einer Wahlbeteiligung von 98,77 %. Bürgerrechtlern, die die unfreien Wahlen schon vorab kritisiert hatten, gelang es, Manipulationen und Wahlfälschungen in zahlreichen Wahlbüros aufzudecken und öffentlich zu machen. Sie stellten fest, dass etwa sieben Prozent der Wähler gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front gestimmt hatten, in einzelnen Wahllokalen sogar 10 bis 20 Prozent. Die Vorgänge rund um die Kommunalwahlen waren wichtige Impulse für die Friedliche Revolution. Vgl. Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000.

52

Seit dem 2.6.1989 ging das chinesische Militär gewaltsam gegen Demonstranten in Peking vor. Im Mittelpunkt stand dabei der Platz des Himmlischen Friedens, der sich seit dem Staatsbesuch von Gorbatschow am 15. Mai zum Zentrum der studentischen Demokratiebewegung entwickelt hatte. Zeitweise hatten sich hier mehr als eine Million Bürger in einer Zeltstadt versammelt. In der Nacht zum 4. Juni wurde der Platz geräumt. Während das Militär gegen die abziehenden Demonstranten keine Gewalt einsetzte, suchte es in vielen Stadtteilen Pekings die Konfrontation mit den Protestierenden. Die Schätzungen der Opferzahlen variieren stark, einige Beobachter gehen von bis zu 2 600 Toten und 7 000 Verletzten aus. Die DDR-Regierung unterstützte die Niederschlagung des Aufstands uneingeschränkt und sprach von einem Sieg der Volksbefreiungsarmee gegen »konterrevolutionäre Unruhen«. Sie suchte demonstrativ den Schulterschluss mit der chinesischen Regierung, was auch als Warnsignal gegenüber oppositionellen Gruppen im eigenen Land verstanden werden sollte.

53

Im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« schlossen sich im Juli 1945 die damals in der SBZ zugelassenen Parteien KPD, SPD, LDPD und CDU zusammen. DBD und NDPD traten nach ihrer Gründung 1948 ebenfalls dem Block bei, ebenso die Massenorganisationen Kulturbund, FDGB, DFD und FDJ. Der 1949 in »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« umbenannte Zusammenschluss war Ausdruck der Bündnispolitik der SED, die ihn spätestens seit 1948 dominierte; Beschlüsse wurden grundsätzlich einstimmig gefällt. Nach der Gründung der DDR verlor der Demokratische Block gegenüber der Nationalen Front zunehmend an Bedeutung.

54

Gemeint ist hier der § 1 der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen v. 6.11.1975; GBl. 1975, S. 723–725.

55

Rolf-Rüdiger Henrich, Jg. 1944, Jurist, ab 1973 Rechtsanwalt im Bezirkskollegium Frankfurt/O., dort mehrere Jahre SED-Parteisekretär, seit de Verurteilung Rudolf Bahros 1978 zunehmend kritische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, nach der Veröffentlichung seines Buches »Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus« im April 1989 Ausschluss aus dem Kollegium der Rechtsanwälte und der SED, im September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums« (NF), ab Dezember 1989 Vertreter des NF am Zentralen Runden Tisch.

56

Vgl. Büttner, Helmut: Als die Schüler im Lehrerhaus auspackten ... In: Volksstimme v. 21.10.1989, S. 8.

57

Helmut Büttner, Jg. 1929, Lokalredakteur der Magdeburger »Volksstimme«, dem Organ der SED-Bezirksleitung Magdeburg.

58

Im Original: »ob-herzig«. Werner Herzig, Jg. 1928, SED-Funktionär, Kaderleiter im Magdeburger Karl-Marx-Werk, Sekretär der SED-Stadtbezirksleitung Magdeburg-Südost, seit 1965 Oberbürgermeister Magdeburgs, Rücktritt am 8.11.1989.

59

Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1982 Unterstützer des von Rainer Eppelmann und Robert Havemann verfassten »Berliner Appells« für Entmilitarisierung und Demokratisierung, maßgeblich beteiligt an der Herausbildung überregionaler Netzwerke oppositioneller Gruppen, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, 1986–88 Mitglied des Fortsetzungsausschusses des Netzwerks »Konkret für den Frieden«, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums« (NF), Dezember 1989 bis März 1990 Vertreter des NF am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtages und Mitglied des Ältestenrates.

60

Jana Middendorf, Jg. 1958, 1978–81 Studium an der HU Berlin, 1987 Übersiedlung nach Westberlin.

61

Axel Rockstroh, Jg. 1954, 1981–85 Beschäftigter im Aufbau-Verlag, 1985–87 am Theater Anklam tätig.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.